

## *Arbeit und Beschäftigung*

Die Hessen-SPD pflegt ein traditionell gutes Verhältnis zu den Gewerkschaften. Es zu erhalten und auszubauen, dafür stehe ich als Landesvorsitzende, auch in Zeiten der Großen Koalition. Das ist für mich nicht nur ein Bekenntnis, sondern eine Notwendigkeit, die sich jeden Tag aufs Neue bestätigt.

Die Hessen-SPD pflegt ein traditionell gutes Verhältnis zu den Gewerkschaften. Es zu erhalten und auszubauen, dafür stehe ich als Landesvorsitzende, auch in Zeiten der Großen Koalition. Das ist für mich nicht nur ein Bekenntnis, sondern eine Notwendigkeit, die sich jeden Tag aufs Neue bestätigt. Das gilt besonders in Zeiten einer Großen Koalition: Gerade jetzt bedarf es regelmäßigen Austausches und Rückversicherung, um gemeinsame Ideen weiter zu entwickeln.

Die aktuelle wirtschaftliche Lage zeigt, wie wichtig das ist. Die Arbeitnehmer sind in der Vergangenheit in Vorleistung getreten, die Politik hat ihren Beitrag geleistet und die Gewinne steigen – aber immer noch fallen in Deutschland Arbeitsplätze weg. Die Beschäftigten haben flexible Beschäftigungsverhältnisse akzeptiert, arbeiten für weniger Geld und müssen dennoch zusehen, wie ihre Arbeitsplätze abgebaut werden. In einer globalisierten Wirtschaft brauchen wir im Interesse der Beschäftigten soziale Schranken und Leitplanken dringender als je zuvor. Wir müssen dem neoliberalen Deregulierungswahn unsere gemeinsamen

Vorstellungen eines gerechten und nachhaltigen Wirtschaftens entgegen setzen.

Ein praktisches Beispiel hierfür ist die jüngste Auseinandersetzung um die EU-Dienstleistungsrichtlinie. Der jetzt in Brüssel gefundene Kompromiss ist ein gemeinsamer Sieg von SPD und Gewerkschaften. Klar ist: Die SPD steht für offene Marktzugänge bei gleichen Chancen, gerade im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der EU-Staaten. Das kann es aber nur geben, wenn wir uns nicht auf einen ruinösen Unterbietungswettbewerb einlassen. Das Herkunftslandprinzip hätte genau das Gegenteil bedeutet: Das Recht des Stärkeren und somit weniger Chancen. Der in Brüssel gefundene Kompromiss ist deshalb ein Grund zum Aufatmen. Wir müssen aber aufpassen, dass im weiteren Gesetzgebungsverfahren die Bedürfnisse von Arbeitnehmern und des Mittelstandes nicht unter den Tisch fallen.

Die Auseinandersetzung hat mir noch einmal verdeutlicht, wie dringend wir in Deutschland umfassende Schutzvorkehrungen gegen Lohndumping brauchen. Wenn immer weniger Beschäftigungsverhältnisse Tarifverträgen unterliegen, sind zusätzliche Instrumente gefordert. Der Koalitionsvertrag geht mit der Ausweitung des Entsendegesetzes in die richtige Richtung. Dieser Schritt reicht aber nicht aus: Es muss erheblich einfacher werden, Tarifverträge allgemeinverbindlich zu erklären. Für Fälle, in denen das nicht geht, brauchen wir gesetzliche Mindestlöhne. Deswegen müssen SPD und Gewerkschaften auch hier weiter am gleichen Strang ziehen –

unsere Forderungen sind nicht durch die Große Koalition politisch falsch geworden.

Genau das gleiche gilt zum Thema Kündigungsschutz. Die Hessen-SPD sieht die Regelung im Koalitionsvertrag ebenfalls kritisch. Unsere Position zu diesem Thema bleibt eindeutig: Die These, es gebe einen Zusammenhang zwischen Kündigungsschutz und der Schaffung von Arbeitsplätzen, hat sich bisher als falsch heraus gestellt. Die absehbaren Änderungen stehen auf Initiative der Union im Koalitionsvertrag, die dafür haftbar zu machen ist. Gewerkschaften und SPD sollten auf jeden Fall gemeinsam die Auswirkungen der Koalitionsvereinbarungen kritisch im Blickfeld behalten. Dieser Schritt bleibt für mich ein Irrweg.

Zu anderen immer wieder zu hörenden falschen Rezepten gehört für mich die Forderung nach weiterer Lohnzurückhaltung. Die Beschäftigten haben in den letzten Jahren genügend Verzicht geübt, im letzten Jahr sind die Realeinkommen sogar gesunken. Angesichts steigender Gewinne ist jetzt die andere Seite am Zug. Bei dieser Frage geht es um mehr als Gerechtigkeit: Weitere Lohnzurückhaltung ist volkswirtschaftlich genau so schädlich wie eine generelle Arbeitszeitverlängerung. Die schwache Binnennachfrage belegt, dass beide Schritte in die falsche Richtung weisen. Eine generelle Arbeitszeitverlängerung bedeutet eine faktische Lohnkürzung und ist volkswirtschaftlich schädlich. Zusätzlich bedeutet sie weiteren Arbeitsplatzabbau. Die hessische Landesverwaltung ist hierfür

das Paradebeispiel: Die Arbeitszeiten steigen und die Jobs fallen weg. Daher erneuere ich angesichts der aktuellen Tarifeinwanderung im öffentlichen Dienst die Forderung der Hessen-SPD an Roland Koch, endlich seine verbohrene Haltung zu diesem Thema aufzugeben und den Weg für eine vernünftige Lösung frei zu machen. Die Arbeitszeitdebatte hat noch eine weitere Facette, nämlich die der Familienfreundlichkeit: Wer abends länger im Büro oder in der Werkstatt bleiben muss, hat weniger Zeit für Kinder und Partner.

Die Familienfreundlichkeit einer Gesellschaft hängt aber nicht nur von den Arbeitszeiten ab. Damit Familie und Beruf für beide Partner gleichberechtigt miteinander vereinbar sind, brauchen wir ein flexibleres Betreuungsangebot. Deshalb freue ich mich ganz besonders, dass die Gewerkschaften die von Renate Schmidt initiierten Lokalen Bündnisse für Familie unterstützen. Politik und Gewerkschaften sind bei diesem wichtigen Thema aufeinander angewiesen. Um Familienfreundlichkeit immer mehr im Arbeitsleben Realität werden zu lassen, brauchen wir die Unterstützung eurer Fachleute in den Betrieben.

Beim Thema Ausbildung sollten Politik und Gewerkschaften ebenfalls an einem Strang ziehen, was in unserem Bundesland leider nicht der Fall ist. Der Ministerpräsident hatte zwar vor drei Jahren im Hessischen Landtag gefordert, die Politik müsse zeigen, dass sie dieses Problem lösen könne. Viel mehr ist bedauerlicherweise nicht geschehen. Denn Hessen ist bei den

unbesetzten Ausbildungsstellen das Schlusslicht unter den westdeutschen Flächenländern. Außer nett anzusehenden Plakatkampagnen und anderen schönen PR-Aktionen unternimmt die Landesregierung nichts zu diesem Thema. Den Vorschlag der SPD, ein Programm für 1.000 Lehrstellen in den Landeshaushalt 2006 einzustellen, bückelte die CDU mit ihrer absoluten Mehrheit im Landtag ab. Deshalb kann ich gut verstehen, dass der DGB an der Alibi-Veranstaltung hessischer Ausbildungspakt nicht mitmacht.

Der gleichberechtigte und gerechte Zugang zu Bildungschancen findet seine Wurzeln in der Tradition der Arbeiterbewegung. Hier ziehen Gewerkschaften und SPD klassisch an einem Strang. Die Bildungspolitik ist für die Hessen-SPD eines der zentralen Politikfelder. Spätestens seit PISA wissen wir, dass Zukunftschancen in unserem Land von der sozialen Herkunft abhängen. Um diese Ungerechtigkeit zu überwinden, brauchen wir eine bessere frühkindliche Bildung, längeres gemeinsames Lernen und echte Ganztagschulen. Die in Hessen praktizierte Politik der verschärften Auslese lehnen wir ab. Bildung hört für die Hessen-SPD allerdings nicht mit einem formalen Abschluss auf: Wir brauchen qualitativ hochwertige Angebote zur Weiterbildung, die allen offen stehen. Ich freue mich darüber, dass Gewerkschaften und SPD in Hessen sich in diesen Fragen aufeinander verlassen können.